





Kampagne «Geld bleibt hier» bewirkt Gegenteil

In der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Debatte sind verschiedene Ideen im Umlauf, wie eine vorgebliche wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland verhindert werden könnte. So wird beispielsweise gefordert, den Selbstversorgungsgrad an Nahrungsmitteln zu erhöhen oder auf vermeintlich teure Energieimporte zu verzichten. In einer breiten «Geld bleibt hier»-Kampagne¹ vermittelt das Komitee den Eindruck, es sei doch besser, einheimische Energien zu fördern, statt viel Geld für Öl-, Gas- und andere Energieimporte auszugeben.

Dieses Anliegen scheint auf den ersten Blick vernünftig. Wer kann schon gegen einheimische Energie und für Energieimporte sein, an denen sich womöglich noch Ölscheichs bereichern? So logisch sich die Argumente der Initianten auch anhören – bei genauer Betrachtung erweisen sie sich als Trugschluss. Denn bei einem Verzicht auf Importe müssen wir die Energie selber produzieren.

Wäre diese Importsubstitution lohnend, würden wir ohne Lenkung durch die Politik jetzt schon im Inland mehr Energie produzieren bzw. durch Sparmassnahmen auf Importe verzichten. Produktion im Inland ist nicht gratis, oder wie Ökonomen sagen: Sie ist mit Opportunitätskosten verbunden. Die benötigten Arbeitskräfte und die übrigen Ressourcen für den Energiesektor müssen aus anderen Branchen oder durch Zuwanderung bzw. durch entsprechende Importe gewonnen werden. Denn: In anderen Wirtschaftsbereichen würden diese Fachkräfte auch Einkommen erzielen, wahrscheinlich sogar ein höheres. Dass diese Experten der Energiewirtschaft in anderen Sektoren nicht gebraucht würden und stattdessen arbeitslos wären, ist in der aktuellen Arbeitsmarktsituation schlicht Unsinn.

Wenn man der Logik des Komitees nachleben würde, sollte ein Zweiverdienerhaushalt auf Kinderkrippen, Putzfrau, Handwerker etc. verzichten, weil man diese Arbeiten ja selber ausführen und das Geld sparen könnte. Vergessen wird dabei, dass in der Zeit, in welcher solche Dienstleistungen erbracht werden, oft mehr

Geld verdient wird, als diese kosten. Wer somit auf Importe verzichtet, muss alles selber produzieren, egal wie schlecht er das kann. Dies verhindert, dass sich die Volkswirtschaft auf ihre Stärken (komparative Vorteile) konzentriert; also in Branchen wächst, wo sie relativ am meisten Wettbewerbsvorteile hat und mit geringstmöglichem Ressourceneinsatz am meisten Einkommen erzielen kann. So macht es mehr Sinn, günstigeren (auch beispielsweise ökologischen, vom deutschen Steuerzahler subventionierten) Strom aus Deutschland zu importieren und die Fachkräfte hier in der Schweiz in anderen Sektoren, die ohne Unterstützung wettbewerbsfähig sind, einzusetzen.

Schweiz spielt ihre Trümpfe

Die Schweiz hat einen rekordhohen Exportüberschuss und landet in Innovationsrankings regelmässig auf einem der vordersten Plätze. Dieser beispiellose Erfolg ist ein Beleg dafür, dass die Schweizer Volkswirtschaft im Ganzen ihre «Make or buy»-Entscheidung gut trifft: Wir produzieren und exportieren dort, wo wir stark sind, und importieren, was wir nur teurer selber herstellen könnten.

Der berühmte Ökonom und Nobelpreisträger Paul Samuelson wurde von einem Mathematiker ironisch gefragt, ob es eine Erkenntnis der Sozialwissenschaften gebe, die sowohl wahr als auch nicht trivial sei. Samuelson war nicht schlagfertig genug, eine passende Erwiderung zu geben. Erst viele Jahre später fiel ihm die treffende Antwort ein: die Theorie der komparativen Vorteile. In seinen Worten: «Einem Mathematiker muss man nicht erklären, dass [die Theorie] logisch und korrekt ist. Dass sie nicht trivial ist, beweisen Abertausende wichtige und intelligente Leute, die niemals in der Lage waren, die Theorie selber zu begreifen oder wenigstens daran zu glauben, nachdem sie ihnen erklärt worden war.»

Reto Föllmi

Professor für Volkswirtschaftslehre, Universität St. Gallen

¹ www.geldbleibthier.ch